

## Tätigkeitsbericht 2007

Schwerpunkte der Ausschussarbeit im Jahre 2007:

1. aktuelle Probleme der ambulanten gesundheitlichen Versorgung,
2. Weiterbildungswesen im Bereich Arzthelferinnen/„AGNES“,
3. Stellungnahme zu gesetzgeberischen Themen.

Hauptthemen der Sitzungen des Ausschusses entstanden, wie in jedem Jahr, aus der Entwicklung der ambulanten medizinischen Versorgung unter den sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen. Es wurden die Auswirkungen des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes ebenso wie des Gesetzes zur Weiterentwicklung der GKV thematisiert. Zusammenfassend musste festgestellt werden, dass sich nach Erfahrung und Kenntnis der Ausschussmitglieder eine Verbesserung der Versorgungssituation wohl nicht ergeben wird. Im Wesentlichen stellen die erhebliche Zunahme der Bürokratie, ein der Leistung nicht angemessenes Honorar und familienunfreundliche Arbeitsbedingungen einen Grund für die Verschlechterung der ärztlichen Versorgung dar. Insbesondere im hausärztlichen, aber auch bereits im fachärztlichen Bereich sind vor allem in strukturschwachen Regionen Sachsens freie Kassenarztsitze zu finden.

Problematisiert wurde in diesem Zusammenhang eine mögliche Wiedereinführung einer „Gemeindeschwester modernen Typs“. Durch die Mitarbeit der Sächsischen Landesärztekammer an dem im März 2007 in Sachsen gestarteten Projekt konnte zumindest für die Projektphase erreicht werden, dass die zu qualifizierenden Arzthelferinnen und Krankenschwestern in einer Arztpraxis angestellt sind. Es wurde festgestellt, dass ein selbständiges Arbeiten mittleren medizinischen Personals ohne die Möglichkeit der Einflussnahme des Arztes erhebliche haftungsrechtliche Bedenken aufwirft. Hinzu kommt die ungeklärte Frage der qualitativen Sicherung der Tätigkeit einer solchen Schwester in ihrer Ausbildung wie auch Tätigkeit. Unter dem Eindruck des Gutachtens des Sachverständigenrates im Gesundheitswesen 2007 „Kooperation und Verantwortung“ muss befürchtet werden, dass der politische Wille in Richtung eines geringer qualifizierten „Case Managers“ als Hausarztersatz geht.

Im Rahmen ihrer Aufgaben wurde die Sächsische Landesärztekammer durch die Aufsichtsbehörde regelmäßig zu gesetzgeberischen Maßnahmen befragt. Ebenso wurden Stellungnahmen zu diesen erbeten. Der Ausschuss „Ambulante Versorgung“ hatte sich beispielhaft in diesem Prozess mit Fragen der Sicherstellung der ärztlichen Leichenschau zu beschäftigen. Hier wurde nochmals einstimmig festgestellt, dass jeder in der Niederlassung tätige Arzt die Leichenschau im Rahmen der Sicherstellung vorzunehmen hat, vorrangig sollte jedoch der Hausarzt diese Aufgabe erfüllen.

Sachthemen, wie die Frage der Notwendigkeit der Durchführung eines HIV-Testes bei chirurgischen Eingriffen bis hin zu Stellungnahmen bezüglich Mitteilungen von Kammermitgliedern zu sozialversicherungsrechtlichen Problemen, beschäftigten den Ausschuss.

Das Jahr 2007 stand im Zeichen der Wahl der Kammerversammlung und den Ausschüssen. Die konstituierende Kammerversammlung im Juni 2007 wählte einen neuen Ausschuss.

An dieser Stelle möchten wir den nunmehr ausgeschiedenen Kollegen herzlich für ihre bisherige konstruktive und engagierte Mitarbeit danken.

In der konstituierenden Sitzung am 19. September 2007 wurden ein neuer Vorsitzender und Stellvertreter gewählt.

Wir danken ganz besonders dem Alterspräsidenten, Herrn Dr. Bernhard Ackermann, für seine langjährige Tätigkeit. Herr Dr. Ackermann führte den Ausschuss seit Gründung der Sächsischen Landesärztekammer. Seine Erfahrungen als Hausarzt und politisch frei denkender Mensch setzten besondere Akzente.

Der Ausschuss hat sich für die kommende Legislatur neben der Befassung mit aktuellen Problemen als Themenschwerpunkte die Beschäftigung mit

1. neuen Kooperationsformen und integrierter Versorgung,
2. Qualitätssicherung,
3. Zertifizierung von Arztpraxen,
4. Ärztemangel,
5. grundsätzlichen Fragen der Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgung,
6. Entbürokratisierung der ärztlichen Tätigkeit gegeben.

Ebenso soll eine engere Zusammenarbeit der Ausschüsse der Sächsischen Landesärztekammer zu Sachthemen angestrebt werden.

Im Vordergrund der Arbeit zum Ausgang des Jahres 2007 stand die Neustrukturierung der Vergütungsregelungen im ambulanten Sektor und deren Auswirkungen auf die Sicherstellung der ambulanten Versorgung.

Als problematisch und zwingend zu lösen, ist ein besserer Informationsfluss zwischen den einzelnen Ebenen der Kammerarbeit und natürlich auch zu den Partnern außerhalb der Sächsischen Landesärztekammer angemahnt. Es wurde vielfach kritisiert, dass Informationen entweder zu spät oder gar nicht an den Ausschuss herangetragen wurden.

Da es insbesondere im Bereich der Aus- und Weiterbildung der Arzthelferinnen eine unklare Meinungsbildung in den Jahren 2006 und 2007 gab sowie verschiedene Gremien im Hause der Sächsischen Landesärztekammer befasst werden mussten, wurde in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses beschlossen, zuständigkeitshalber diese Aufgaben vollständig dem Berufsbildungsausschuss zu übertragen.

Erik Bodendieck, Wurzen, Vorsitzender;  
(veröffentlicht im „Ärzteblatt Sachsen“ 6/2008)